

Klimaschutzteilkonzept Klimaschutzende Abwasserbehandlung

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Der Wasser- und Abwasserbetrieb Fürstenberger Seengebiet lässt ein Klimaschutzteilkonzept Klimaschutzende Abwasserbehandlung für die Kläranlage Bredereiche im Gebiet des Wasser- und Abwasserbetriebes durch den Einsatz eines fachkundigen externen Dienstleisters erstellen. Das Klimaschutzteilkonzept zeigt auf, wie die Treibhausgasemissionen und Energiekosten der Abwasserreinigung kurz-, mittel- und langfristig gesenkt werden können. Das Ziel des Wasser- und Abwasserbetriebes Fürstenberger Seengebiet ist es, die in dem erstellten Klimaschutzteilkonzept enthaltenen Maßnahmen umzusetzen, um die Treibhausgasemissionen und Energiekosten zu senken und damit den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung zu unterstützen.

Nationale Klimaschutzinitiative

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

Projektinformationen

Projekttitle: „KSI: Klimaschutzteilkonzept Klimaschutzende Abwasserbehandlung im Gebiet des Wasser-/Abwasserbetriebes Fürstenberg/Havel, Kläranlage Bredereiche“

Projektlaufzeit: 01.03.2019 – 30.09.2021

Förderkennzeichen: 03K11010

Weiterführende Informationen: www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen

Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.